

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilagen: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“ und „Holzarbeiter-Frauenblatt“.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis 1500 M. pro Vierteljahr. — Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Rönischchen Park 2.

Inserate: Die 6gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 2000 M.  
Arbeiterermittlungen 1000 M. pro Zeile.  
Verbandsanzeigen 100 M. pro Zeile.

## Was vom Verbandstag erwartet wird.

Die Wünsche der Verbandsmitglieder an den Verbandstag finden ihren Niederschlag in den zahlreichen Anträgen, die der Vorstand in der Nummer 19 der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht hat. Hierbei sei bemerkt, daß die Zahl der eingegangenen Anträge und Entschliessungen noch weit größer war. Aus Gründen der Raumersparnis wurden aber die Anträge, die inhaltlich gleichlautend waren und sich nur in unwesentlichen Nuancen von anderen, die den gleichen Gegenstand behandelten, unterschieden, zusammengefaßt. Wo also bei den veröffentlichten Anträgen eine größere Zahl von antragstellenden Gattungen und Verwaltungsstellen genannt ist, ist es möglich, daß der veröffentlichte Text in Kleinigkeiten von dem eingekommenen abweicht. Das hat nicht viel zu bejagen. Alle Anträge werden vor dem Verbandstag von der aus der Reihe der Delegierten gewählten Kommission vorbereitet. Dieser stehen die Originalanträge zur Verfügung, und für die Anträge, die sie zur Annahme empfehlen wird, wird sie nach einer Fassung suchen, welche die beachtenswerten Wünsche berücksichtigt.

Noch auf ein anderes Moment sei hingewiesen. Die über den Verbandstag vorausgegangene Diskussion im Verbandsorgan ist diesmal ausgeblieben. Vom Standpunkt der Redaktion haben wir das begriff, denn bei dem knappen Raum, der uns zur Verfügung steht, hätte uns eine ausgedehnte Diskussion ein wenig ins Gedränge gebracht. Das war jedoch nicht der Grund für das Ausbleiben der Diskussion, vielmehr dürfte es darauf zurückzuführen sein, daß sogenannte große Fragen den Verband zurzeit nicht beschäftigen. Es gibt zahlreiche Wünsche nach Änderung von einzelnen Verbandsrichtungen; für einen Umbau der Grundlagen unserer Organisation besteht jedoch kein Bedürfnis, und deshalb haben es die Kollegen unterlassen, für eine neue Idee im Verbandsorgan Propaganda zu machen. Darunter hat aber die Beschäftigung der Mitglieder mit dem bevorstehenden Verbandstag nicht gelitten. Die vorliegenden Anträge sind das Ergebnis eingehender Besprechungen in den Verwaltungsstellen. Aus der Fülle der Anträge darf man auf ein im allgemeinen recht reges Interesse der Mitglieder am Verbandsleben schließen.

Mehrere Anträge verlangen, daß noch weitere Punkte auf die Tagesordnung des Verbandstages gesetzt werden. Wenn der Verbandstag auch schwerlich eine Erweiterung seiner Tagesordnung beschließen wird, so werden die angeregten Fragen doch zur Besprechung kommen, wenn auch nur im Rahmen des Berichts über die Tätigkeit des Vorstands. Von den zu diesem Punkte der Tagesordnung gestellten Anträgen verdient das von zahlreichen Stellen erhobene Verlangen nach Austritt aus der Arbeitgemeinschaft mit den Unternehmern ernste Beachtung. Der Umstand, daß diese Forderung von so vielen Stellen erhoben wird, darf nicht darüber täuschen, daß man sich hierbei mehr vom Gefühl als vom klaren Verstand leiten läßt. Der Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter verschärft sich fortgesetzt, darüber besteht kein Zweifel, ob aber daraus der Schluß zu ziehen ist, daß wir auf das Zusammenarbeiten mit den Unternehmern in den zahlreichen paritätischen Körperschaften verzichten müssen, in denen wir jetzt mit ihnen zusammenfassen, ist eine andere Frage. In diesen Körperschaften herrscht nämlich keineswegs eitel Harmonie, oft genug treten die Gegensätze sehr deutlich zu Tage. Der Verbandstag wird gut tun, vor der Beschlußfassung das Für und Wider sehr gründlich zu erwägen.

Eine der wichtigsten Arbeitsgebiete des Verbandes ist die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, und dementsprechend liegen für die „Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes“ sehr zahlreiche und verschiedenartige Anträge vor. Die Frage, ob bezügliche oder zentrale Lohnregelung vorzuziehen ist, muß von Fall zu Fall entschieden werden, eine bindende Regel läßt sich dafür nicht aufstellen, ebensowenig wie für die jeweils anzuwendenden Kampfmittel. Der Verbandstag dürfte auch nicht das geeignete Forum sein, über die Grenzen der Lohngebiete zu beschließen. Die von verschiedenen Seiten in verschiedener Form aufgestellte Forderung nach wertständigen Löhnen ist ohne Zweifel durchaus berechtigt. Der Verbandstag wird sich mit dieser Frage sehr ausgiebig beschäftigen müssen, und er wird ihr auch wohl zustimmen. Man wird jedoch nicht übersetzen dürfen, daß mit ruhigen gewöhnlichen gewerkschaftlichen Kampfmitteln auf diesem Gebiet etwas zu erreichen ist. Es handelt sich um eine wirtschafts- und währungspolitische Frage, die nicht unmittelbar zwischen Unternehmer und Arbeiter zu lösen ist, sondern die auf größerem Absatzboden ausgetragen werden muß, wobei jedoch die Interessen der in erster Linie reisenden Kräfte sein müssen.

Eine größere Zahl von Anträgen beschäftigt sich mit dem Inhalt der Tarifverträge, wofür verschiedene Verbesserungen gewünscht werden. Für die meisten dieser Anträge läßt sich die Berechtigung nicht bestreiten. Soweit sie vom Verbandstag angenommen werden, haben sie freilich nur die Bedeutung von Richtlinien für den Verbandsvorstand, der durch sie beauftragt wird, sie in den Verhandlungen mit den Unternehmern zu vertreten. Es darf

übrigens daran erinnert werden, daß die vom vorigen Verbandstag gutgeheißene Vorlage für den Reichsmantelvertrag in dieser Hinsicht ein Programm bedeutet, das in verschiedenen Punkten noch nicht durchgeführt ist. Das ist allerdings kein Hindernis für die Erweiterung dieses Programms.

Zu dem Punkte der Tagesordnung: „Das neue Arbeitsrecht“, liegen Anträge vor, welche unbedingtes Festhalten am Achtstundentag, Ablehnung einer Schlichtungsordnung, die keine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes bringt, und eine Verbesserung des Betriebsratsgesetzes fordern. Diesen Forderungen wird der Verbandstag wahrscheinlich zustimmen. Dagegen würde das Verlangen nach Ablehnung eines jeden Arbeitszeitgesetzes und einer Schlichtungsordnung in jeder Form über das Ziel hinauschießen.

Verhältnismäßig zahlreich sind die Anträge, die zu dem Punkte „Gewerkschaftstongress“ eingereicht sind. Die meisten von ihnen haben zum Ziel einen engeren Zusammenschluß der Gewerkschaften. Soweit die Forderung nach Bildung von Industrieverbänden erhoben wird, darf darauf hingewiesen werden, daß darüber eigentlich keine Meinungsverschiedenheit besteht. Auf dem Gewerkschaftstongress in Leipzig bildete der Gesichtspunkt, unter dem die Gliederung der Industrieverbände zu erfolgen hat, die Streitfrage und daneben auch die Frage, ob ein etwa erforderlicher Umbau der Gewerkschaften auf dem Wege freiwilliger Verständigung oder nötigenfalls auch gegen den Willen der beteiligten Organisationen erfolgen soll. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat jeden Zwang nach dieser Richtung stets abgelehnt, der Verbandstag wird deshalb auch die Anträge ablehnen, die dahin zielen, daß unser Verband andere Organisationen zum Anschluß anregen soll.

Die Anträge auf Statutenänderung sind meist nicht von erheblicher Bedeutung. Beachtung verdienen die Anträge, die auf eine Erhöhung des Wochenbeitrages abzielen. Jetzt wird der Beitrag örtlich in Höhe eines vertraglichen Mindeststundenlohnes festgesetzt; es ist wohl möglich, daß den Wünschen, die den vertraglichen Durchschnittslohn als Norm festsetzen wollen, entsprochen wird. Dagegen ist kaum zu erwarten, daß den Anträgen, die in verschiedener Form für eine Erhöhung der Streikunterstützung eintreten, in nennenswertem Maße entsprochen werden kann. Von mehreren Stellen ist beantragt, die sozialen Unterstützungen abzuschaffen, um die Höhe der Streikunterstützung zu erhöhen. Ein Blick in die in voriger Nummer veröffentlichte Jahresabrechnung des Verbandes lehrt, daß auch bei Beseitigung der sozialen Unterstützungen eine Erhöhung der Streikunterstützung kaum möglich gewesen wäre. Die Abschaffung der sozialen Unterstützungen zu diesem Zweck wäre also nicht gerechtfertigt; ob ihre Beseitigung an sich zu empfehlen ist, darf bezweifelt werden. Dagegen lassen die vielen Anträge auf Einrichtung weiterer Unterstützungskassen für ältere Mitglieder darauf schließen, daß nach dieser Richtung ein Bedürfnis vorhanden ist. Beachtung verdient der Antrag auf Ertrag des Verbandsausschusses durch einen Verbandsbeirat. Solche Einrichtungen bestehen bei verschiedenen Verbänden. Der Verbandstag wird sorgsam prüfen müssen, ob die vorgeschlagene Änderung, die die Verwaltung unseres Verbandes erheblich umgestalten würde, eine wirkliche Verbesserung bedeutet.

Außerordentlich zahlreich sind die Anträge auf Abschaffung der Listenabrechnung. Die vierteljährliche Aufstellung der Namenlisten der Mitglieder bedeutet in der Tat eine schwere Belastung der Ortsverwaltungen. Andererseits sind diese Mitgliederverzeichnisse für den Verbandsvorstand so wertvoll, daß er den schon lange Zeit immer wiederkehrenden Wünschen nach dieser Richtung bisher stets widerstanden hat. In bestimmten Einzelfällen sind allerdings Ausnahmen gestattet worden; ob der erneute Ansturm auf generelle Beseitigung der Listenabrechnung diesmal zum Erfolg führt, bleibt abzuwarten. Sehr erfreulich sind die zahlreichen Anträge, die das starke Bedürfnis nach Ausbau und Unterstützung der Bildungsbestrebungen wünschen. Das gleiche gilt für die Anträge, die das Interesse der Kollegenschaft für die Pflege des Lehrlingswesens betonen. In diesen Fragen dürfte der Verbandstag den geäußerten Wünschen soweit als irgend möglich entgegenkommen.

In dieser knappen Besprechung ist es natürlich nicht möglich, alle Anträge zu erörtern, gibt es doch kaum ein Tätigkeitsgebiet des Verbandes, das nicht von dem einen oder dem anderen Antrage berührt würde. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Anträge zum Verbandstag das Streben der Mitglieder verraten, den Verband auszubauen und ihn noch tüchtiger zur Erfüllung seiner Aufgaben zu machen. Das darf auch solchen Anträgen zugestanden werden, denen wir nicht zustimmen können. Mancher Antrag wird, wenn er auch die Zustimmung des Verbandstages nicht findet, doch Anlaß zu nützlicher Erörterung geben, sei es in der vorbereitenden Kommission, sei es im Plenum des Verbandstages, und so unsere Sache fördern.

Es bleibt schließlich noch eine Gruppe von Anträgen zu besprechen, denen man besonders bei dem Punkte der Tagesordnung „Wirtschaftliche Zeitfragen“ begegnet, und die zum Bericht der „Holzarbeiter-Zeitung“ gestellt sind. Hier verdrängen sie sich zu dem Verlangen der Redaktion, zu beteiligen und an keine Stelle einen Kollegen zu setzen, der das Verbandsorgan im Sinne der Auftraggeber redigiert. Wir hatten von diesen Anträgen lange, ehe

sie eingereicht waren, Kenntnis. Sie wurden den in unserem Verband wirkenden „Reimzellen“ auf einer Reichskonferenz von der kommunistischen Parteileitung diktiert mit der Empfehlung, sie redaktionell ein wenig abzuändern, um ihre Herkunft zu verwischen. Diese Feststellung über den Ursprung der Anträge macht ein näheres Eingehen auf ihren Inhalt überflüssig. Ihr Zweck ist es, unseren Verband in das Schlepptau der kommunistischen Partei zu nehmen und ihn in den Dienst der Herrscher Rußlands zu stellen. Wenn es gelingt, das Verbandsorgan einem Manne anzuvertrauen, der diese Gedanken propagiert, dann hat Moskau im Deutschen Holzarbeiter-Verband gewonnenes Spiel.

Es braucht kaum betont zu werden, daß in dieser Frage die Person gleichgültig ist; auf die Sache kommt es an. Der Verband muß nach den Richtlinien geleitet werden, die der Verbandstag festlegt, und im gleichen Sinne muß das Verbandsorgan redigiert werden. Beschließt der Verbandstag eine grundsätzliche Änderung seiner Politik, dann ist es selbstverständlich, daß er zur Durchführung seiner Beschlüsse die Männer seines Vertrauens beruft. Die angebotenen Anträge, auf deren Wortlaut im einzelnen es gar nicht ankommt, haben die Bedeutung, daß durch sie eine Auseinandersetzung zwischen Amsterdam und Moskau hervorgerufen wird. Der Verbandstag wird durch die Anträge vor die Entscheidung gestellt, ob der Verband weiterhin Gewerkschaftspolitik treiben oder ob er sich der Diktatur der kommunistischen Partei unterstellen will. Aber das Ergebnis dieser Auseinandersetzung sind wir keinen Augenblick im Zweifel.

## Die Tarifverträge unseres Verbandes.

z. Im Jahre 1922 hat das Tarifvertragswesen in der Holzindustrie eine weitere Ausdehnung und Festigung erfahren. Diese Feststellung scheint zunächst in Widerspruch zu stehen mit der Tatsache, daß am Jahreschluß 1922 weniger Tarifverträge bestanden als in den Jahren zuvor. Ende 1913 war unser Verband an 1135 Tarifverträgen beteiligt, Ende 1919 an 612, Ende 1921 an 345 und Ende 1922 an 300. Dieser starke Rückgang in der Zahl der Tarifverträge ist darauf zurückzuführen, daß in den letzten Jahren die Einzelverträge immer mehr zu Bezirks-, Landes- und Reichstarifverträgen zusammengefaßt worden sind. Während Ende 1913 noch 559 Verträge bestanden, die nur für einen Betrieb galten, wurden solche Verträge Ende 1919 noch 162, Ende 1921 noch 78 und Ende 1922 nur noch 53 gezählt. Auch die Zahl der Verträge, die mehr als einen Betrieb und bis 100 Betriebe umfassen, hat ständig abgenommen. Dagegen stieg die Zahl der Verträge, die über 100 Betriebe umfassen, von 22 im Jahre 1913 auf 34 bis zum Jahreschluß 1922. Nicht die Zahl der Verträge ist maßgebend für den Umfang des Tarifvertragswesens, sondern die Zahl der tariflich gebundenen Betriebe und Personen. Und hier zeigt das Tarifwesen in der Holzindustrie eine ständige Aufwärtsentwicklung. Am Jahreschluß 1913 unterstanden den Tarifverträgen 14 990 Betriebe mit 149 123 Personen, am Jahreschluß 1922 aber 26 658 Betriebe mit 420 896 Personen. In den letzten vier Jahren war unser Verband jeweils am Jahreschluß an Tarifverträgen beteiligt:

1919:	612 Verträge für	18 779 Betriebe mit	289 216 Personen
1920:	386	22 856	327 554
1921:	345	23 535	352 598
1922:	300	26 658	420 896

Die nachstehende Zusammenstellung berichtet über die im Jahre 1922 abgelaufenen, neuabgeschlossenen, erneuerten oder verlängerten Tarifverträge und darüber, ob der Tarifvertrag ohne Streit oder Aussperrung oder erst nach einem Streit oder einer Aussperrung abgeschlossen wurde.

	Zahl der			
	Verträge	Betriebe	Beschäftigt insgesamt	davon weibl.
Bestand Ende 1921 . . . . .	345	23 535	352 598	39 491
Im Jahre 1922 erledigt . . . . .	150	1 298	49 177	12 585
Demnach Ende 1922 noch in Kraft . . . . .	195	22 237	303 421	26 906
1922 neu in Kraft getreten	105	4 421	117 475	22 077
Bestand Ende 1922 . . . . .	300	26 658	420 896	48 983
Von den 1922 in Kraft getret. Tarifverträgen sind:				
a) neu abgeschlossen . . . . .	52	1 615	40 215	3 133
b) erneuert oder ausdrücklich verlängert . . . . .	53	2 806	77 260	18 944
Von den 1922 in Kraft getret. Vertr. sind abgeschl.:				
a) nach Streit oder Aussperrung förmlicher erlassener Personen . . . . .	7	66	1 430	58
b) nach Streit oder Aussperrung eines Teiles der erfassten Personen	7	492	16 540	1 341
c) ohne Streit oder Aussperrung . . . . .	91	3 863	99 436	20 468

Von den 150 Tarifverträgen, die im Jahre 1922 zum Ablauf gelangten, sind 97 nicht wieder erneuert worden.

An dem Inhalt der Tarifverträge interessiert insbesondere die Arbeitszeit. Im Jahre 1921 hatten 161 861 Personen eine wöchentliche Arbeitszeit von weniger als 48 Stunden, im Jahre 1922 stieg diese Zahl auf 208 368.

Über Ferien enthielten im Jahre 1913 nur 8 Verträge für 12 Betriebe mit 494 Personen Bestimmungen.

Eine Übersicht über den Stand der Tarifverträge am Jahresabschluss 1922 nach Branchengruppen geordnet gibt nachstehende Zusammenstellung.

Table with 4 columns: Tarifverträge für, Betriebe, Beschäftigt insgesamt, davon weibl. Rows include Holzgewerbe, Sägewerksindustrie, etc.

Von den 420 896 Beschäftigten, die Ende 1922 unter den Verträgen standen, waren 369 821 gleich 87,8 Prozent aller Beschäftigten Mitglieder unseres Verbandes.

Im ganzen hat unser Tarifvertragswesen im Jahre 1922 wieder wesentliche Fortschritte gemacht. Unser Streben ist darauf gerichtet, nicht nur für die Gesamtheit der Holzarbeiter rechtlich gebundene Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Baukosten einer Kleinwohnung 1914 und 1923.

In der Sozialen Bauwirtschaft wird eine sehr lehrreiche Rechnung aufgemacht über die Baukosten einer Kleinwohnung 1914 und 1923. Für 1923 ist der 1. März als Stichtag genommen, und die Baukosten sind in Goldmark umgerechnet.

Table comparing costs in Goldmark for 1914 and 1923 across various trades like Erdarbeiten, Maurer, etc.

Während die Lohnkosten durchweg, bei manchen Arbeiten um mehr als die Hälfte gesunken sind, zeigen die Geschäftskosten einschließlich der Materialkosten keine einheitliche Entwicklung.

Dieser wie auch jeder andere Vergleich zeigt, daß die unerschwinglichen Baukosten nicht durch den Arbeitslohn verursacht werden; sie sind hochgetrieben durch die weit über die Geldentwertung hinausgehenden Baustoffpreise.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Vom 14. Mai an ist eine weitere Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung eingetreten. Es gelten nunmehr folgende täglichen Höchstsätze:

Table showing support amounts for men and women in different age groups and family categories.

Die Familienzuschläge, die ein Erwerbsloser erhält, dürfen das Zweifache des ihm persönlich zustehenden Unterstützungsbetrages nicht übersteigen.

Bei der Berechnung der Kurzarbeiterunterstützung kommen gleichfalls die neuen Sätze in Ansatz.

Der Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Durch eine Verordnung vom 12. Mai, die am 1. Juni in Kraft tritt, wird der zehnprozentige Abzug vom Arbeitslohn für die Einkommensteuer in stärkerem Maße ermäßigt als bisher.

Table showing tax deductions for different categories like full tax payers, etc.

Mit diesem Abzug ist die Steuerschuld derjenigen Personen vermindert, die im Jahre 1923 ein Einkommen bis zu 1 000 000 Mark bezogen haben.

Die Neuregelung des Lehrlingswesens. Wie der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ erfährt, ist der Entwurf zu dem neuen Gesetz betr. Berufsausbildung Jugendlicher im Arbeitsministerium soweit fertiggestellt.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes. Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 22. Wochenbeitrag für die Woche vom 27. Mai bis 2. Juni 1923 fällig geworden.

Zentral-Stellenvermittlung der Bildhauer. Verlangt: Holzbildhauer (tüchtig) nach Warbach am Neckar, Elberfeld, Bremen, Roda (Sach.-Altenb.), etc.

Zur Lage der Modelltischler. Man hört heute leider recht wenig über unser Gewerbe und es ließe sich gerade hier so vieles sagen. Wir Modelltischler haben innerhalb der Industrie, auf welche sich unser Gewerbe verteilt, einen schweren Stand.

Ein besonderes Hindernis sind die Kollektivverträge, die uns in keiner Weise befriedigen können, weil sie im großen und ganzen den hochwertigen Arbeitern wenig Rechnung tragen.

Man ein Wort zur Entlohnung. Die in den Modellfabriken beschäftigten Kollegen, soweit sie unter tarifliche Anmachungen fallen, arbeiten reslos in Lohn.

Vom Hauptvorstand sollte darauf hingewirkt werden, daß im „Fachblatt für Holzarbeiter“ mehr von unserer Branche zu lesen ist.



standes des Schiffszimmerer-Verbandes angenommen, die den Übertritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verband empfiehlt. Die endgültige Entscheidung liegt bei den Mitgliedern, die mit einfacher Stimmenmehrheit in einer Urabstimmung entscheiden sollen. Wenn sich die Mehrheit für den Übertritt entscheidet, soll dieser am 1. Oktober 1923 erfolgen.

Der Deutsche Landarbeiter-Verband beruft vorbehaltlich etwa eintretender unvorhergesehener Hindernisse seinen 3. Verbandstag auf Anfang September. Nach der vorläufigen Tagesordnung wird sich der Verbandstag ausschließlich mit internen Verbandsfragen beschäftigen.

Der Textilarbeiter-Verband hatte seine regelmäßige Generalversammlung auf den 25. Juni einberufen. Auf Beschluß des Vorstands wurde die Generalversammlung auf unbestimmte Zeit vertagt. Nunmehr ist sie erneut einberufen, sie findet vom 10. bis 15. September in Rassel statt.

Literarisches.

Freiherr von Arnim: Vaterland und Freiheit. Mit einem Bildnis des Dichters. Grundpreis 1,20 Mk. Verlag Franz Schneider, Berlin, Leipzig, Wien und Bern. Diese „Ausprache an die deutsche Jugend“ hat der Dichter am 10. Dezember 1922 in einer großen Versammlung im Rabelungsaal in Mannheim gehalten. Der Verlag hat dieses Dokument der Zeitgeschichte in vornehmer Ausstattung weiteren Kreisen zugänglich gemacht.

die in Faksimile wiedergegebenen Briefe und sonstigen Aufzeichnungen von der Hand Lassalles wird dieser dem Leser menschlich nähergerückt. Der Verlag hat dem Buch, dem weite Verbreitung zu wünschen ist, eine recht vornehme Ausstattung gegeben.

Bericht und Abrechnung der Gauvorstände für das vierte Vierteljahr 1922.

Table with columns for Gau, Einnahmen (Beiträge, Sonstige), Ausgaben (Druckkosten, Posten, etc.), and membership statistics (Anzahl der Mitglieder).

Berufszugehörigkeit der Mitglieder am Jahreschluß 1922.

Table showing membership statistics by profession (Branche) and region (Gau), including counts for 1922 and 1921, and changes (Zunahme/Abnahme).

Geformte Mitglieder: Advertisement for a wood shop or similar business.

Stahlbauer: Advertisement for a steel worker or fabricator.

Vorarbeiter: Advertisement for a foreman or worker.

Korbmacher: Advertisement for a basket maker.

Fräser: Advertisement for a planer or mill.

Preisabbau: Advertisement for price reduction or a business.

Paul Barth: Advertisement for a business or workshop.

Reichsleiter: Advertisement for a regional leader or official.

Perfekt Maschinenflicker: Advertisement for a machine repairer.

Kantenabründer: Advertisement for a wood trimmer.

Bildhauer-Werkzeuge: Advertisement for wood carving tools.

Bildhauer-Drechsler: Advertisement for wood carving and turning.